

Kernpunkte 9

September 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Swissmem: keine neuen Belastungen für die Industrie

Der Industriedachverband Swissmem warnt eindringlich vor neuen Belastungen durch die Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundesrats. Seit nunmehr fünf Quartalen verzeichnet die stark exportorientierte Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) rückläufige Auftragseingänge, schreibt die Swissmem in einer Medienmitteilung. Die Umsätze stagnierten, Preis- und Margendruck hielten an. Aufgrund der trüben Konjunkturprognosen in der EU – dem wichtigsten Absatzmarkt – sei keine Erholung in Sicht. Noch zeigten sich die Unternehmen der MEM-Industrie erstaunlich widerstandsfähig, aber zusätzliche Belastungen, wie beispielsweise durch die vorgeschlagene Umsetzung der Energiestrategie 2050, wären für viele Unternehmen nicht mehr verkraftbar. «Sie trägt den Anforderungen der Industrie nach hoher Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähigen Strompreisen ungenügend Rechnung», kritisiert die Swissmem. Die Einspeisevergütung und die CO₂-Abgabe würden den Strom künstlich verteuern. Die Swissmem lehnt diese Massnahmen daher entschieden ab.

SVP setzt weiterhin auf Kernenergie

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat am 27. August 2012 ihr neues Positionspapier für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung präsentiert. Sie fordert darin eine «realistische Energiepolitik, die eine Versorgung mit genügend, kostengünstiger, möglichst unabhängiger und sicherer Energie garantiert». Ein planloser, überstürzter Ausstieg aus der Kernenergie ohne funktionierende Alternative ist laut SVP ein «fatales Experiment». Die SVP bezeichnet in ihrem Positionspapier die Energiestrategie des Bundesrats als untauglich. Sie fordert die Steigerung der Produktion aus Wasserkraft und erneuerbaren Energien sowie den Bau eines Kern-

kraftwerks der neusten Generation bis 2030. Bis 2040/2045 will die SVP zudem zwei weitere Kernkraftwerke bauen, um Gösgen und Leibstadt zu ersetzen. Eine möglichst baldige Abstimmung über einen Neubau soll Klarheit über die Volksmeinung zur Zukunft der Kernenergie in der Schweiz geben. Erst bei einem Nein des Stimmvolks zur Kernenergie sollen die Rahmenbedingungen für Gaskombikraftwerke verbessert werden.

Erstes Ensi-Forum zur Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke

Rein sicherheitstechnisch können die Schweizer Kernkraftwerke noch lange in Betrieb bleiben. Dies betonten die Referenten aus den Energieversorgungsunternehmen anlässlich des Forums des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) am 4. September 2012 in Brugg. Auch Ensi-Direktor Hans Wanner hält eine Betriebsdauer von 50 Jahren und mehr für technisch möglich. Bundesrätin Doris Leuthard betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass der Bundesrat keine vorzeitige Stilllegung der heutigen Kernkraftwerke anstrebe, sondern lediglich Neubauten ablehne. Sie kündigte an, dass das demnächst vom Bundesrat vorgelegte erste Massnahmenpaket zur neuen Energiepolitik auf der Basis der heutigen Verfassung umsetzbar sein werde.

Strahlenschutz bei Schweizer Kernanlagen auch 2011 gewährleistet

Der Strahlenschutz im Innern und im Umfeld der Schweizer Kernanlagen war im vergangenen Jahr vollumfänglich gewährleistet. Die Mittelwerte lagen gemäss Strahlenschutzbericht 2011 des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) weit unter den festgelegten Grenzwerten und haben sich gegenüber den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Zur Überwachung der Umweltradioaktivität in der Um-

Redaktion:
M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

gebung der Kernanlagen betreibt das Ensi seit vielen Jahren das Messnetz «Maduk», dessen Werte jederzeit online einsehbar sind.

BKW will Mühleberg weiter betreiben

In seinem Urteil vom 1. März 2012 hatte das Bundesverwaltungsgericht verfügt, dass das Kernkraftwerk Mühleberg «aus Sicherheitsgründen» vorerst nur bis zum 28. Juni 2013 weiter betrieben werden dürfe. Für den Betrieb darüber hinaus müsse die BKW FMB Energie AG (BKW) dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) ein Instandhaltungskonzept einreichen. Diesem Anliegen ist die BKW am 9. August 2012 fristgerecht nachgekommen und hat gleichzeitig ein Verlängerungsgesuch eingereicht. Das Urteil selbst hatte die BKW vorgängig beim Bundesgericht angefochten, dessen Entscheid noch aussteht. Für die nun geplanten Nachrüstungsmassnahmen rechnet die BKW mit Kosten von rund 170 Millionen Franken. Dazu kommen die jährlichen Instandhaltungs- und Ersatzinvestitionen von rund 20 Millionen Franken über 10 Jahre. Die BKW betont, dass die Instandhaltung des Werks seit Inbetriebnahme eine kontinuierliche Aufgabe sei.

EU-Kommission gibt grünes Licht für Hinkley-Point-C

Die EU-Kommission begrüsst in einer Stellungnahme den Bau und Betrieb des geplanten Kernkraftwerks Hinkley-Point-C in der Grafschaft Somerset im Südwesten Englands. An diesem Standort stehen heute vier Kernkraftwerke, von denen noch zwei in Betrieb sind. Die britische EDF Energy hatte das Gesuch um den Bau und Betrieb der Anlage Anfang November 2011 eingereicht. Sie plant an diesem Standort den Bau von bis zu vier neuen Kernkraftwerkseinheiten.

Iran nimmt erstes Kernkraftwerk in Betrieb

Laut der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) hat das iranische Kernkraftwerk Bushehr-1 am 30. Juli 2012 den kommerziellen Betrieb aufgenommen. Die Anlage russischer Bauart liegt an der Küste des Persischen Golfes im Südwesten des Landes und hat eine elektrische Leistung von 1000 Megawatt. 1975 hatte die ehemalige deutsche Kraftwerk Union AG mit dem Bau von zwei Kernkraftwerken am

Standort Bushehr begonnen. Die Arbeiten wurden jedoch nach dem Ausbruch der iranischen Revolution gestoppt und später an Russland zur Fertigstellung von vorerst nur einer Anlage übertragen.

USA: Neubau-Verzicht in Texas

Die amerikanische Exelon Corporation verzichtet auf den Bau eines Kernkraftwerks im Bundesstaat Texas und stellt alle diesbezüglichen Projektaktivitäten ein. Der Entscheid sei rein wirtschaftlich bedingt, erklärte die Exelon. Er sei die Antwort auf niedrige Erdgaspreise sowie Markt- und Wirtschaftsbedingungen, die den Bau eines neuen Kernkraftwerks in wettbewerbsintensiven Märkten derzeit und in absehbarer Zukunft unrentabel machten.

Japan: schrittweiser Kernenergieausstieg geplant

Die japanische Regierung plant, schrittweise aus der Kernenergienutzung auszusteigen. Dies hat Premierminister Yoshihiko Noda am 14. September 2012 angekündigt. Demnach dürfen keine neuen Kernkraftwerke in Japan gebaut werden, während bestehende höchstens 40 Jahre betrieben werden dürfen. Das würde bedeuten, dass das jüngste Kernkraftwerk Japans, das 2009 die Stromproduktion aufgenommen hat, 2049 den Betrieb einstellen müsste. Laut Noda soll der Ausstieg allerdings schon «bis Ende der 2030er-Jahre» vollzogen werden. Noda erklärte zudem, dass alle 50 einsatzfähigen Anlagen, die seit dem Reaktorunfall in Fukushima-Daiichi zusätzlichen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen werden, wieder ans Netz gehen könnten, wenn sie diese bestehen und grünes Licht von den Behörden erhalten. Zwei Einheiten hatten bereits im Sommer die Überprüfung bestanden und die Stromproduktion wieder aufgenommen. Zur Zukunft der zwei Einheiten, die derzeit in Japan im Bau sind, äusserte sich Noda nicht. Wirtschafts- und Industrieminister Yukio Edano erklärte jedoch, dass diese fertig gebaut würden.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.